536437-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen – 25D413006 - Sächsischer Landtag, Sanierung und Erweiterung
OJ S 147/2026 03/08/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement
E-Mail: vergaben.ai@sib.smf.sachsen.de
Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: 25D413006 - Sächsischer Landtag, Sanierung und Erweiterung
Beschreibung: Objektplanung - Freianlagen
Kennung des Verfahrens: ac483052-558d-4a63-bed0-2d96a165f15b
Interne Kennung: 25D413006
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
Stadt: Dresden
Postleitzahl: 01067
Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1.) Sämtlichen Vergabeunterlagen werden ausschließlich und kostenfrei auf der Vergabeplattform http://www.sachsen-vergabe.de zum Download bereitgestellt. 2.) Teilnahmeanträge / Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (www.sachsen-vergabe.de) mittels elektronischer Mittel in Textform eingereicht werden. 3.) Es sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Vergabeunterlagen zu verwenden. Die Vergabeunterlagen sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Teilnahmeantrages / Angebotes auf die Plattform hochzuladen. Zur Einreichung der Unterlagen muss auf der Plattform in einem entsprechenden Fenster der Vor- und Nachname der Person, die die Angebotsabgabe erklärt, angegeben werden. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte

Signatur sind für die Abgabe des Teilnahmeantrages / Angebotes nicht erforderlich. Nicht fristgerecht eingereichte bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Teilnahmeanträgen / Angebote werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. 4.) Geforderte Nachweise sind grundsätzlich als Kopie zugelassen, sofern nicht ausdrücklich anders verlangt. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung); 5.) Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung sind auch Teilnahmeanträge / Angebote unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros u. von Nachauftragnehmern können das Ausscheiden aller Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft sowie aller Bieter mit gleichen Nachauftragnehmern zur Folge haben; 6.) Nicht erwünscht sind allgemeine Werbebroschüren u. weitere Unterlagen zur Vorstellung des Bewerbers/ Bieters sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt; 7.) Enthalten die Bekanntmachung od. die Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers/Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber/Bieter den AG unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber/Bieter mit diesen Einwendungen präkludiert. 8.) WICHTIGER HINWEIS: Zum Einreichungstermin gem. dieser Auftragsbekanntmachung sind auch die vom Bieter selbständig zu erarbeitenden Darstellungen und Erläuterungen zu den Aufgabenstellungen der Zuschlagskriterien (siehe Vergabebunterlagen - "Beschreibung Zuschlagskriterien und Wertung") einzureichen. 9) Neben Einzelunternehmen sind auch Bietergemeinschaften (BG) zugelassen. Rechtsform von BG: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Mit dem Angebot Erklärung, dass Mitglieder BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Hierzu liegt das Formblatt "Erklärung der Bietergemeinschaft" den Ausschreibungsunterlagen bei. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mitschriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit hat. 10.) Bei Bietergemeinschaft (BG) ist von jedem Mitglied der Gemeinschaft mit dem Angebot jeweils ein separater Bewerberbogen (901-AI EU) ausgefüllt und unterschrieben, sowie um die geforderten Nachweise ergänzt, den Unterlagen beizufügen. Das vertretungsberechtigte Mitglied der BG lädt das Angebot mit den geforderten Unterlagen hoch und legt die Bewerberbögen u. ggf. weitere Unterlagen der übrigen Mitglieder der BG (als Eigenerklärungen) als Anlage bei. Die gestellten Anforderungen an die Fachkunde und Leistungsfähigkeit gelten als erfüllt, wenn die betreffenden Nachweise von einem oder mehreren Mitgliedsunternehmen erbracht werden und in ihrer Summe die gestellten Anforderungen erfüllen. Ausgenommen davon sind der zuführende Negativnachweis bezüglich der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, die Erfüllung der Anforderungen zur Berufshaftpflichtversicherung sowie die Eigenerklärung Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014 (RUS-Sanktionen). Diese Anforderungen sind von jedem Mitgliedsunternehmen einzeln zu erfüllen.;

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: gesetzliche Regelung
Korruption: gesetzliche Regelung
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: gesetzliche Regelung
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: gesetzliche Regelung
Betrug: gesetzliche Regelung
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: gesetzliche Regelung
Zahlungsunfähigkeit: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: gesetzliche Regelung
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: gesetzliche Regelung
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: gesetzliche Regelung
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: gesetzliche Regelung
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: gesetzliche Regelung
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: gesetzliche Regelung
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: gesetzliche Regelung
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: gesetzliche Regelung
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: gesetzliche Regelung

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: 25D413006 - Sächsischer Landtag, Sanierung und Erweiterung
Beschreibung: Der Freistaat Sachsen, vertreten durch den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, beabsichtigt den Gebäudekomplex - Sächsischer Landtag am Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 in 01067 Dresden zu sanieren, technisch zu erneuern und aufgrund von Platzmangel zu erweitern. Die Baumaßnahme gliedert sich in folgende Teilbaumaßnahmen: Teilobjekt 1- Erweiterungsneubau (Anbau), Erweiterungsneubau (Baukörper im Innenhof); Teilobjekt 2- Sanierung Vorplatz Bernhard- von Lindenau- Platz Freianlagen Das unter Denkmalschutz stehende Gebäudeensemble bestehend aus dem Altbau, sowie den in den 1990er Jahren errichteten Neubauten des Elbflügels, Plenarsaals und Packhofflügels soll um einen kubischen Neubau im Innenhof des Bestands und einen Anbau auf der bisherigen Freifläche vor dem Maritim Hotel erweitert werden. Folgen soll die Sanierung der Bestandsgebäude und der Außenanlagen. Auch der Vorplatz des Landtages (Bernhard-von-Lindenau-Platz) steht seit 2025 unter Denkmalschutz. Die vorhandenen Außenanlagen im Bereich des Elbflügels, Innenhofes und Vorplatz sollen saniert und ertüchtigt werden und um die neuen Außenanlagen im Bereich des zukünftigen Anbaus erweitert werden. Die begeh- und befahrbaren Flächen müssen den verschiedenen Bedarfen und Nutzungsansprüchen des Landtags entsprechend hergestellt werden. Die Planung des

Vorplatzes unterliegt den Anforderungen des Denkmalschutzes, insbesondere der Umgang mit dem bestehen-den Plattenbelag und den weiteren vorhandenen oder geplanten Einbauten. Sämtliche Maßnahmen zur Herstellung der Erweiterungsbauten sowie zur Sanierung der Bestandsbauten erfolgen im laufenden Betrieb. Die Bestandsgebäude werden zur Durchführung der Instandsetzungen und Modernisierungen weitestgehend freigezogen. Durch die beiden Erweiterungsbauten gelingt es, notwendige Umzüge zu minimieren. Der in Vorbereitung dieses Verfahrens ermittelte Gesamtkostenrahmen (KG 500) beträgt 9.036.468 Mio. EUR brutto. Die mit Bauauftrag bestätigten Gesamtbaukosten der Sanierung und Erweiterung (KG 200 600) betragen 317.203.000,00 EURO. Mit der Auftragserteilung beginnen die Leistungen der Planungsleistungen Objektplanung Freianlagen Leistungsstufe 2. Gegenstand des Auftrages sind die Leistungen der Objektplanung Freianlagen nach Teil 3, Abschnitt 2 HOAI i.V. mit der RLBau 2018 für die Sanierung und Erweiterung des Sächsischen Land-tages. Zum Leistungsumfang gehört die Erbringung der Grundleistungen der Leistungsphasen 5 bis 9 gem. Anlage 11 zu § 39 HOAI. Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Weiterführende Beschreibungen siehe Vergabeunterlagen - Projektbeschreibung
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen
Optionen:
Beschreibung der Optionen: Zunächst Beauftragung der Leistungen der Leistungsphasen 5 nach Anlage 11 zu § 39 / § 40 HOAI, mit der Option der stufenweisen Beauftragung weiterer Leistungen der folgenden Leistungsphasen 6 bis 9. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
Stadt: Dresden
Postleitzahl: 01067
Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 132 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:
Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, 1) Rückfragen an die Vergabestelle ausschließlich über das Bietercockpit (www.sachsen-vergabe.de). 2) BEACHTEN SIE: - Die Leistungen werden im "Offenen Verfahren" vergeben! - Die vom Bieter

selbst zu erarbeitenden DARSTELLUNGEN u.ERLÄUTERUNGEN zu den ZUSCHLAGSKRITERIEN (siehe Anl. "Beschreibung Zuschlagskriterien und Wertung") sind zum Einreichungstermin mit den Angebotsunterlagen einzureichen!

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt
Beschreibung: Klimaschutz
Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot: Erklärung zu geeigneten Referenzen über vom Bewerber/Bieter in den letzten 3 Jahren in eigenem Unternehmen erbrachten Dienstleistungen. Die Auflistung ist auf Projekte zu beschränken, deren Planungs- oder Beratungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Hierzu ist der den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Referenzbogen (Formblatt 901R-AI EU) zu nutzen. Geforderte Angaben zu den Referenzen siehe Formblatt 901R-AI EU zzgl. aussagekräftiger Projektdarstellung je Referenz. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Wettbewerbs werden auch Referenzen berücksichtigt, die mehr als 3 Jahre zurückliegen, sofern dies im Folgenden so bestimmt. >>MINDESTANFORDERUNGEN: Es ist mind. 1 Referenz vorzulegen, die mit der zu vergebenden Planungsleistung vergleichbar ist. Zum Nachweis der Erfahrungen bei vergleichbaren Planungsleistungen werden vom Bieter Referenzen gefordert, welche die folgenden Mindestanforderungen erfüllen müssen: a) Alle Referenzen sind fertiggestellt, d.h. die nutzungsfähige Übergabe der Referenzobjekte erfolgte ab dem 01.01.2022 bis spätestens zum Einreichungstermin der Angebote gemäß dieser Bekanntmachung. b) Bei allen Referenzen ist die Planungsleistung mindestens in der Honorarzone III gem. § 39 HOAI oder höher eingeordnet. c) Bei allen Referenzen wurden vom Bieter mind. Planungsleistungen der LPH 5 bis 8 gem. §§ 39ff i.V.m Anl. 11 HOAI zusammenhängend erbracht. d) Alle Referenzen beinhalten Freiflächen mit Bauwerksbezug und die Integration von Planungen des In-genieur- bzw. Medientiefbaus. e) Mindestens eine Referenz verfügt über Baukosten KG 500 von mind. 2,0 Mio. EUR/netto. f) Bei mindestens einer Referenz handelt es sich um eine vergleichbare Planungsleistung - Freianlagen mit Denkmalschutzanforderungen. Hinweis: Es ist zulässig, wenn ein Referenzprojekt mehrere der vorgenannten Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot: Nachweis der beruflichen Befähigung durch Vorlage der Studien- und Ausbildungsnachweise / Bescheinigung über die Erlaubnis zur Berufsausübung für den Inhaber / Inhaberin, die Führungskräfte des Unternehmens oder Projektleiter. Führungskräfte sind dabei verantwortliche Personen die im Auftragsfall die Leistungserbringung leiten und steuern. Es ist zugelassen wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt zu führen und bei einer Architektenkammer eingetragen ist und nach §65SächsBO Bauvorlageberechtigung besitzt. Der Nachweis der Bauvorlageberechtigung ist durch Vor-lage des Eintrags bei einer Architektenkammer zu führen. Des Weiteren werden im Formblatt 921-AI EU folgende Angaben an die Technischen Fachkräfte im Projekt-team gefordert: >>MINDESTANFORDERUNG PROJEKTLEITER: a) Studienabschluss mind. Master, Dipl.-Ing., Dipl.-Ing. (FH) in der Fachrichtung Landschaftsarchitektur oder vergleichbar. (b) Berufserfahrung mind. 10 Jahre ab Studienabschluss. Ist der Bieter eine juristische Person, ist dieser nur dann

teilnahmeberechtigt, wenn durch den Bieter nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bieter oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot: Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens, aufgegliedert in Berufsgruppen (z.B. Architekten, Ingenieure, Techniker, Technische Zeichner, u.ä.), und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten 3 Jahren. >>MINDESTANFORDERUNG: Mindestens 2 Landschaftsarchitekten

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot: 1) Erklärung zur Inanspruchnahmen Kapazitäten andere Unternehmen mit Bezeichnung der zu vergebenden Teilleistungen bzw. der in Anspruch genommenen Kapazität und Angabe des Namens des Unterauftragnehmers bzw. des anderen Unternehmens (Formblatt 935-AI). Nur in Fällen von Eignungsleihe ist mit dem Angebot zusätzlich vom anderen Unternehmen ein separater Bewerberbogen mit den verlangten Informationen und Unterlagen vorzulegen. In allen anderen Fällen fordert der Auftraggeber erforderliche Erklärungen und Nachweise zur Eignung der Dritten ggf. von den Bewerbern/Bietern, die in die engere Wahl kommen gesondert ab und behält sich vor, die Eignung der Dritten für die von ihnen zu erbringenden Leistungen zu prüfen. 2) Sofern sich Kapazitäten anderer Unternehmen bedient wird (Unteraufträge/Eignungsleihe) ist mit dem Angebot für jedes Unternehmen die den Vergabeunterlagen beigefügte Verpflichtungserklärung (Formblatt 936-AI) unter Beschreibung der (Teil)Leistungen und der Verpflichtung der Bereitstellung der Kapazitäten im Auftragsfall abzugeben. Gemäß § 47 (3) VgV verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers/Bieters, sofern dieser die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (Eignungsleihe). Des Weiteren verlangt er die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot: Erklärung über das Vorliegen bzw. den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung im Umfang des vertraglich geforderten Versicherungsschutzes im Auftragsfall. >>MINDESTANFORDERUNG: Mit Vertragsschluss ist zur Abdeckung aller Schadens- und/oder Regressansprüche wegen Personen- und sonstigen Schäden eine Berufshaftpflichtversicherung bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen abzuschließen und nachzuweisen. Die hieran gestellten Anforderungen sind dem Vertrag unter § 13 i.V.m. den zugehörigen Allgemeinen Vertragsbestimmungen zu entnehmen, welche den Vergabeunterlagen beiliegen. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung

Personenschäden und sonstige Schäden) ist zusätzlich eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer wird, ist der Nachweis von jedem Mitglied der Gemeinschaft einzeln im vertraglichen Umfang zu erbringen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot: 1) Angaben zur Identität Rechtform des Unternehmens (Name, Anschrift, Kontaktdaten wie Tel.Nr., Fax Nr., Email, usw.) 2) Erklärung zur Eintragung in ein Berufs-/Handels-/Partnerschaftsregister. Bei Eintragungspflicht Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nummer. 3) Erklärung, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren • gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder • gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder • gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Ggf. Angaben zur Selbstreinigung nach § 125 GWB. 4) Erklärung, über das Bestehen von rechtlich und wirtschaftlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen mit Angabe, ob wirtschaftliche Verknüpfungen vorliegen, unter Benennung der Unternehmen und Beschreibung zur Art und Weise der Verknüpfung. Erklärung, dass der Auftrag unabhängig von anderen Ausführungs- und Lieferinteressen ausgeführt wird. 5) Erklärung gem. Art.5k VO (EU) Nr. 833/2014 (RUS-Sanktionen).

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot: Erklärung über den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrages in den letzten 3 Geschäftsjahren in Euro/netto je Geschäftsjahr.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: A1
Beschreibung: Projektorganisation / Personaleinsatz
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: A2
Beschreibung: Auseinandersetzung mit der Aufgabenstellung
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: A3
Beschreibung: Projektmanagement
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 25

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.sachsen-vergabe.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19fa275cec3-139c3cc0200f733a

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Zulässig
Adresse für die Einreichung: www.sachsen-vergabe.de
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Angebote: 01/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 121 Tage
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: gesetzliche Regelung
Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:
Eröffnungstermin: 01/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Vergabeunterlagen
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur

Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement
Registrierungsnummer: DE 233121477
Postanschrift: Riesaer Str. 7h
Stadt: Dresden
Postleitzahl: 01129
Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)
Land: Deutschland
E-Mail: vergaben.ai@sib.smf.sachsen.de
Telefon: 000
Internetadresse: https://www.sib.sachsen.de
Profil des Erwerbers: https://www.sachsen-vergabe.de
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Braustraße 2
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +49 3419770
Fax: +49 3419771049
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Registrierungsnummer: k.A.
Postanschrift: Braustraße 2
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +49 3419770
Fax: +49 3419771049
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 57612216-ed2d-453f-89e3-b9ae3e707707 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 31/07/2026 09:20:15 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 536437-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 147/2026
Datum der Veröffentlichung: 03/08/2026